

Hans-Jürgen
Burchardt



DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte in eine
zukunftsfähige Gesellschaft

natürlich oekom!

Mit diesem Buch halten Sie ein echtes Stück Nachhaltigkeit in den Händen. Durch Ihren Kauf unterstützen Sie eine Produktion mit hohen ökologischen Ansprüchen:

- 100 % Recyclingpapier
- mineralölfreie Druckfarben
- Verzicht auf Plastikfolie
- Kompensation aller CO₂-Emissionen
- kurze Transportwege - in Deutschland gedruckt

Weitere Informationen unter www.natürlich-oekom.de
und #natürlicheoekom



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über www.dnb.de abrufbar.

© 2021 oekom verlag, München
oekom – Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH
Waltherstraße 29, 80337 München

Layout und Satz: Reih's Satzstudio
Lektorat: Susanne Darabas
Korrektur: Maike Specht
Umschlaggestaltung: Mirjam Höschl, oekom verlag
Umschlagabbildung: © the israel museum, Jerusalem
Druck: CPI books GmbH, Leck



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Lizenz: Namensnennung –
Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International (CC BY-NC-ND 4.0).
Diese Lizenz erlaubt die private Nutzung, gestattet aber keine Bearbeitung
und keine kommerzielle Nutzung. Weitere Informationen finden Sie unter:
creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0

Alle Rechte vorbehalten
ISBN: 978-3-96238-342-8
E-ISBN: 978-3-96238-889-8
<https://doi.org/10.14512/9783962388898>



Hans-Jürgen Burchardt

DAS PANDEMISCHE MANIFEST

Neun Schritte
in eine zukunftsfähige Gesellschaft

Inhalt

	Aus Fehlern lernen: Aufbruch in eine postpandemische Zukunft	7
Mythos #1	Corona ist ein Gleichmacher Erster Schritt: Die Ungleichheit nicht mehr töten lassen	13
Mythos #2	Die Pandemie macht uns alle arm Zweiter Schritt: Wie wir nach Corona alle reicher werden	22
Mythos #3	Das Virus ist geschlechtslos Dritter Schritt: Die gesunde Gesellschaft durch Gemeinwohl für alle/ Die ehrliche Gesellschaft durch Gemeinwohl von allen	38
Mythos #4	Die Schulen sind uns wichtig Vierter Schritt: Zukunft für die Coronageneration schaffen	52
Mythos #5	Kein Staat zu machen Fünfter Schritt: Fairdenken statt Querdenken/ Der wach geküsste Staat und sein Dornröschenschloss	66
Mythos #6	Die Pandemie ruiniert unsere Wirtschaft Sechster Schritt: Gutes Klima für Arbeit und Mensch	86

Mythos #7

**Covid-19
ist eine Naturkatastrophe**

113

Siebter Schritt:
Corona als Neustart für die Landwirtschaft

Mythos #8

**Corona wird
im eigenen Land besiegt**

123

Achter Schritt:
Niemand ist sicher, bis alle sicher sind

Mythos #9

**Wir haben keine Zeit mehr
für den Wandel**

136

Neunter Schritt:
Zeit als Schlüssel für die Zukunft/
Wem die Stunde schlägt – hohe Zeit für Zeitpolitik

Schluss – mit Corona

160

Gewissheiten und Inspirationen

162

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

Seit der industriellen Revolution – dem Kapitalismus, der Moderne – ist unser Planeten nicht mehr zur Ruhe kommen. Die weltweite Produktion von Waren und Dienstleistungen, die Mobilität von Gütern, Tieren und Menschen, die Anzahl der Fahrzeuge sowie der Ausstoß an Gift- und Schadstoffen wurde ununterbrochen vermehrt, oft vertausendfacht. Die bewegte Masse an Menschen, Natur und Rohstoffen und die Geschwindigkeit dieser Bewegungen sind unaufhaltsam gewachsen. Scheinbar hat die Menschheit die Welt und damit sich selbst in einen Kreisel verwandelt, der sich immer schneller drehen muss, damit er nicht ins Schlingern kommt und das Gleichgewicht verliert. Dieses ganze System ist kompromiss- und alternativlos auf Wachstum ausgelegt. Internationale Klimakonferenzen oder politische Proteste wie Fridays for Future hatten wenig Einfluss. So hat vor Corona kaum jemand damit gerechnet, dass unser Weltkreisel abrupt gestoppt beziehungsweise für längere Zeit radikal verlangsamt werden könnte.

Die pandemiebedingte Entdeckung der Langsamkeit beruht nicht auf einer Wiederaneignung oder Neugestaltung. Sie ähnelt eher einem Unfall mit langem Bremsweg. Aber wenn der Wagen steht, denkt man nicht gleich wieder ans Weiter, an Beschleunigung. Man holt Luft, man muss das Geschehene verarbeiten und will es verstehen – und fragt sich, was man hätte anders, was besser machen können. Die Monate der verordneten Langsamkeit, die uns die Coronakrise abverlangt, brachten und bringen viele zweifelsohne an die Grenzen der Belastbarkeit. Die Zeit konnte aber für manche auch als eine Art Besinnungsphase genutzt werden. So eröffnen sich Räume, um über unsere Welt nach Corona zu sinnieren.

Vielleicht können wir zumindest dort, wo nicht ums tägliche Überleben gekämpft wird, der erzwungenen Entschleunigung und dem an Einfluss verlierenden Taktstock der Arbeit etwas Neues abgewinnen: mehr Zuwendung zu Familie und Gemeinschaft sowie ein Nachdenken über unsere Gesellschaft und die Zukunft nach Corona.

Die Debatten haben bereits begonnen. Manch/e Mut- oder Fantasie-lose*r hält die Rückkehr eines Raubtierkapitalismus mit sozialem Kahl-schlag für unausweichlich. Andere wetten – wieder einmal – auf den baldigen Zusammenbruch des Kapitalismus. Letztere haben dessen innere Verfasstheit bis heute nicht begriffen und glauben noch immer, dass sie mit Vernunft, mit Moralpredigten oder zur Schau gestellter Betroffenheit eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse erwirken können.

Natürlich gibt es an den sozialen Verwerfungen, die seit Beginn vom Kapitalismus produziert werden, sowie an der Brutalität der Kolonialisierung, die das Entstehen der Neuzeit begleitete, nichts zu verklären oder zu beschönigen. Dennoch wurde mit der Moderne im Westen gleichzeitig eine Dynamisierung wirkungsmächtig, die über ökonomisches Wachstum, technologische Innovation und soziale Mobilitätssteigerungen vielfältige Fortschrittshoffnungen nährte und nährt. Diese neue Epoche wurde stetig als spürbare Erhöhung individueller Autonomie wahrgenommen. Weder König noch Kirche oder die Natur konnten fortan die eigene Lebensführung vorschreiben. Die Menschen machten sich »die Erde untertan« und wurden von der Natur (scheinbar) unabhängig. Missernten, Dürren oder Krankheiten waren nicht mehr lebensbedrohend. Langsam, aber kontinuierlich wuchs das Angebot an Gütern und Lebensoptionen. Jetzt, da wir vom Virus und vom Staat schwer eingeschränkt werden, können wir ein vages Gespür dafür entwickeln, welches Befreiungspotenzial sich hier seinerzeit entfesselte.

Der sich durchsetzende Markt emanzipierte die Menschen von der sozialen Abhängigkeit der Ständegesellschaft. Für den eigenen Wohlstand schien vor allem die individuelle Leistung zu zählen. Die Abhängigkeiten von übergeordneten Kräften und Traditionen wurden anonymer. Zwar hatte diese Entwicklung ihren Preis: Das gute Leben fokussierte sich immer mehr auf die marktvermittelte Befriedigung materieller Grundbedürfnisse

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

und schwächte gleichzeitig die genuine Soziabilität des Menschen. Wir wurden zur »Marktgemeinschaft«. Zunehmende Freiheiten kompensierten diesen Verlust »menschlicher Wärme« vielfältig, gab es doch irgendwann, bildlich gesprochen, das Versprechen auf Zentralheizung für (fast) alle. Das gute Leben scheint seither vom Einzelnen selbst abzuhängen; und solange es zum besseren Leben führte oder dieses zumindest glaubhaft versichert werden konnte, wurde und wird es wohlwollend angenommen.

Dieses Heilsversprechen auf ein selbstbestimmtes Leben scheint universell: Zahlreiche Studien zeigen, dass die Weltbevölkerung sehr ähnliche Vorstellungen vom guten Leben hat. Die Wunschlisten für die Zukunft sind überall fast gleich: Neben Gesundheit für uns und unsere Lieben, guter Ausbildung und fairen Lebenschancen für unsere Nachkommen zählen materielle Stabilität, gute Arbeit und soziale Absicherung sowie sozialer Zusammenhalt dazu, eine gesunde Umwelt und ein gewaltfreies Umfeld. Bei dem Versuch, diese Ziele zu erreichen, zerfällt die Weltgemeinschaft allerdings stark. Während große Teile der Menschheit um das tägliche Überleben, würdevolle Arbeit oder ein halbwegs gesichertes Auskommen kämpfen, genießen die Mittel- und Oberschichten in der ganzen Welt und auch bei uns hohe materielle Standards. Doch auch sie beklagen eine generelle Abnahme bisheriger Autonomieversprechen und die Zunahme von aufreibenden Sachzwängen. Der Grund: Die Dynamisierung der westlichen Gesellschaft generierte nicht nur wirtschaftlichen Wohlstand, sondern führte auch zu starker sozialer Beschleunigung. Für viele scheint es kein Rasten mehr zu geben, und obwohl Rationalisierung und Produktivität immer mehr Zeit »freisetzen«, muss das Individuum immer schneller sein, um noch am Wohlstand teilhaben zu können. Viele Menschen sind zwar ökonomisch abgesichert, gut situiert oder sogar wohlhabend. Sie haben aber nicht den Eindruck, dass sie auch ein besonders hohes Wohlbefinden genießen. Und jetzt sabotieren auch noch Corona und die drohende Klimakatastrophe, deren Bewältigung eben nicht mehr nur von der/m Einzelnen abhängt, die Hoffnung auf ein gesundes und zukunftsfestes Umfeld.

Das Versprechen auf ein selbstbestimmtes Leben ist also nicht nur eine mächtige Kraftquelle und Magie, die uns antreibt. Uns wird immer

bewusster, dass es auf Kosten der Gemeinschaft und der Natur geht. Selbstbestimmtes Leben wird für jede morgige Gesellschaft ein besonders erstrebenswertes Ziel sein. Es muss aber mit der Gemeinschaft und Natur in Einklang gebracht werden. Anstatt also weiter den Markt zu feiern beziehungsweise den Kapitalismus oder das ungerechte Weltsystem zu geißeln, sollten wir überlegen, ob wir heute an einem Punkt angekommen sind, an dem wir nicht nur viel erreicht haben, sondern der es uns jetzt erlaubt, mutig den nächsten Schritt zu gehen und eine andere Zukunft aufzubauen, die klüger und gerechter gestaltet ist – und darum uns und allen guttut.

Dafür müssten wir uns erstmals intensiv mit der Frage auseinandersetzen, was wir eigentlich unter Wohlbefinden und Wohlstand verstehen. Unsere heutige Idee von Wohlstand durch Wirtschaftswachstum haben wir seit Generationen mit der Muttermilch aufgesogen, in der Schule gelernt und an unsere Kinder weitergereicht. Sie ist aber weder gottgegeben noch ein Naturgesetz. Sie entstand erst mit dem Siegeszug des Marktes. In der Antike zum Beispiel wurde noch der aristotelische Ansatz der *Eudaimonie*, des guten Lebens als *gelingendes Handeln* debattiert und eingeübt. Danach erlangt der/die Einzelne das gute Leben nach der Befriedigung seiner/ihrer materiellen Grundbedürfnisse und dem Erhalt seiner/ihrer Gesundheit durch frei verfügbare *Zeit*: Zeit für Muße und (Selbst-)Betrachtung, für zwischenmenschliche Beziehungen und Liebe sowie für die Teilhabe am öffentlichen Leben. Statt immer mehr haben zu wollen, ging es um das *gute Leben an sich*.

Ideengeschichtlich wurden diese antiken Vorstellungen mit der Aufklärung zurückgedrängt. Besonders einflussreich war hier der englische Philosoph Jeremy Bentham. Während Aristoteles noch glaubte, dass nur wer gut und in Gemeinschaft lebt, auch glücklich sein kann, meinte Bentham, dass der/die Einzelne erst glücklich sein muss, um gut zu leben. Bentham popularisierte eine fast mechanische Idee vom individuellen Glück, welches nicht nach seiner Qualität, sondern nur nach seiner Menge bemessen wird. Man lebt nicht glücklich, man hortet das Glück – am besten über Waren.

Die ökonomische Glücksformel dazu ist vermeintlich ebenso einfach wie für viele bis heute gültig: Der Markt generiert über eine optimale

Ressourcenverteilung einen hohen ökonomischen und effizienten Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen, die den materiellen Reichtum vermehren und dessen Genuss erlauben. Der/die Einzelne befriedigt wiederum seine/ihre persönlichen Bedürfnisse dank der Angebotsvielfalt im Konsum. Mehr Güterproduktion bedeutet mehr Optionen für den/die Einzelne*n: Je mehr produziert und konsumiert werde, umso besser gehe es einem. Wirtschaftswachstum erhöht die individuellen Freiheitsgrade, das subjektive Glücksgefühl und objektiv den Wohlstand für alle. Gleichzeitig wird das gute Leben privatisiert: Jeder ist seines Glückes eigener Schmied!

Zentraler Messindikator dieses Glücks ist Geld beziehungsweise die reale Kaufkraft. Folgerichtig werden zur empirischen Messung von Wohlstand Einkommen, Inlandsprodukt oder Konsumquoten herangezogen. Dieser Zugang hat nicht nur zur Freude der Statistiker*innen eine hohe Operationalisierbarkeit, sondern auch Alltagsplausibilität: Wir kennen besonders zu Coronazeiten das gute Gefühl beim Erhalt des monatlichen – am besten regelmäßig garantierten – Lohns. Aber auch das Unbehagen, wenn dieser ausbleibt. Viele haben dies seit Pandemiebeginn am eigenen Leib erlitten.

Ohne sich jemals darüber ausgetauscht zu haben, was eigentlich Wohlstand bedeutet, setzen wir ihn heute jederzeit und fast an jedem Ort der Welt mit Wirtschaftswachstum gleich. So klassifizieren wir neben persönlichem Glück auch gleich das Entwicklungsniveau von anderen Staaten: Den ersten Blick auf ein Länderprofil richten wir fast immer auf das nationale Bruttoinlandsprodukt (BIP). Zahlreiche Studien, die belegen, dass Entwicklung auch jenseits von wirtschaftlichem Wachstum entsteht und dass selbst das Wohlbefinden des/r Einzelnen ab einer bestimmten Einkommenshöhe nicht mehr proportional mitwächst – dass Lohnsteigerungen also meist nur bis zum Erreichen des ersten Gehaltsplateaus glücklich machen –, werden von der Mehrheitsmeinung und der Politik beflissen ignoriert.

Neunter Schritt: Zeit als Schlüssel für die Zukunft

Kann man Wohlstand und Wohlbefinden anders definieren und messen? Sodass sie eine gültige Idee für alle bleiben, ohne dass wir im Namen der Nachhaltigkeit dem Darben das Wort reden beziehungsweise den Mittellosen dieser Welt die Perspektive auf materiellen Wohlstand verweigern – im Sinne eines zynischen »Arm aber glücklich«? Ein solch neues Leitbild für das gute Leben muss nicht nur gedacht und politisch flankiert werden, sondern sich auch zu kulturell abgesicherten Werten und der jeweiligen sozialen Praxis positionieren, also auch im Alltag gefühlt und gewollt sein. Mit Lohn-, Genuss- oder Lustverzicht wird das kaum gehen. Darum wäre als Erstes zu klären, was uns bei allen Unterschieden und bei aller Vielfalt eint. Welche Referenz kann es geben, die für verschiedene Menschen, arm und reich, gebildet und ungebildet, für Gruppen, Länder, für die gesamte Welt im Alltag wie im Zukunftsstreben genauso universell gültig ist wie heute Geld?

Corona erteilt uns hier eine weitere Lektion. Die Pandemie zeigt uns täglich, wo unser aller Wohlbefinden herkommt und wann es uns fehlt. Bei einer ehrlichen und nüchternen Bestandsaufnahme kommen die meisten von uns vermutlich zu folgendem Ergebnis: Zentral sind und bleiben wirtschaftliche Absicherung und Gesundheit. Wo Ressourcen für eine menschenwürdige Grundbedürfnisbefriedigung (adäquates Einkommen für Wohnung, Essen, Internet, Mobilität etc.), für die Krankenversorgung und Bildung sowie die Kinder- und Altenbetreuung fehlen, gibt es Misere, Verzweiflung, Verwahrlosung und Gewalt, aber wenig Wohlbefinden. Danach sind es alle Bereiche des Zusammenlebens, der Gemeinschaft, die uns in der Pandemie abgehen: Zu nennen ist als Erstes einmal die Arbeitswelt. Corona macht uns klar, dass Arbeit eben nicht nur Geldverdienen bedeutet, sondern auch Momente der Verwirklichung und Anerkennung beinhaltet. Als Nächstes ist der Verlust von Bildung und Kultur zu nennen, der unsere Leben auf vielfache Weise ärmer macht. Drittens sind es die drastischen Einschränkungen von sozialen Kontakten, die unerträglich sind und Familien, Freundschaften, Menschen – auch uns – verändern.

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

Als Viertes und last, but not least ist das Aussetzen der öffentlichen Teilhabe zu nennen, des Engagements in Vereinen und Politik, das auf uns lastet und weiter durch den Umstand erschwert wird, dass wir den Eindruck haben, zu wenig über die Pandemiebekämpfung mitbestimmen zu können. Genau diese vier Bereiche sind es die, die bereits Ende der 1980er-Jahre von der Philosophin Martha Nussbaum und dem Soziologen Pierpaulo Donati beziehungsweise von den beiden Ökonom*innen Benedetto Gui und Carole Uhlaner als die zentralen Felder identifiziert wurden, die für unser gutes Leben und unseren Wohlstand unabdinglich sind.

Die Wissenschaftler*innen nannten diese vier Felder »relationale Güter«. Zum einen, da sie für soziale Wesen, also für uns Menschen, überlebensnotwendig sind und somit jeweils ein eigenständiges Gut darstellen. Und zum anderen können sie nur zusammen genossen werden – wie uns Covid-19 heute jeden Tag klarmacht. Sie beruhen im Gegensatz zum Markt und zur anonymen Solidarität des Sozialstaates auf gegenseitigem Respekt und sozialer Verantwortung. Anerkennung und intrinsische Motivation, Identität, Kommunikation, Gefühle und Empathie sind wichtige Komponenten. Primär geht es also um genuine interpersonale Beziehungen wie Freundschaft und Partnerschaft, Erotik, Familie, ziviles Engagement beziehungsweise öffentliche und politische Teilhabe. Diese Güter können nur im sozialen Austausch, im Miteinander, entstehen. Anerkennung auf der Arbeit geben mir meine Kolleg*innen, Liebe erfahre ich durch meine Liebsten. Deshalb werden diese Güter als »relational« bezeichnet.

Mit Geld sind diese Güter nicht zu kaufen. Doch wie werden sie für uns fassbar, sodass wir sie nicht nur fühlen, sondern nachmessen und bewerten können, wenn sie uns fehlen? Hier kam bereits öfter der Vorschlag, *Zeit* als zentrale Einheit zum Messen von Wohlstand einzuführen. Auf den ersten Blick gar nicht dumm: Zeit benötigen wir nicht nur zum Arbeiten, sondern auch zum Schlafen, für unsere Freundschaften, für Muße etc. Manche von uns wissen das sehr genau und klagten vor Corona häufig, dass ihnen oft mehr Zeit als Geld fehlte. Oder eben die Zeit, genügend Geld zu erlangen. Zeitknappheit war vor Corona in aller Munde, und die Verfügbarkeit von Zeit wurde zunehmend als Lebensqualität wahrgenommen.

Man kann also argumentieren, dass es die Zeitquanten sind, die nach einer Absicherung der natürlichen und materiellen Grundbedürfnisse darüber entscheiden, ob wir die vier genannten relationalen Güter erlangen und genießen können, ob sich also unser Wohlbefinden erhöht oder verringert. Nicht mehr Benjamin Franklins Lebensmotto »Zeit ist Geld« gilt, dem zufolge man freie Zeit als abhängige Variable entweder durch Mehrarbeit, Produktivitätssteigerungen oder materiellen Verzicht »kaufen« kann. In Franklins Anschauung, die für die Mehrheit der Ökonom*innen bis heute Gültigkeit hat, existiert Zeit nicht als eigenständiger Wert. Sie kann nur sinnvoll genutzt oder »vergeudet« werden, steht also immer in Knechtschaft zur materiellen Sphäre. Gestehe ich aber den relationalen Gütern zu, dass sie einen originären Anteil an meiner Lebensqualität haben, wird Zeit (neben Geld) zur *gleichberechtigten* »Zweitwährung« von Wohlstand.

Die Frage, wie wir leben wollen, wird zur Frage, wie wir unsere Zeit verbringen wollen.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Zeit garantiert per se kein Wohlbefinden. In unserer Arbeitsgesellschaft sind viele Erwerbslose reich an Zeit, haben aber keine Chance auf soziale Anerkennung und Teilhabe und leiden unter diesem Reichtum. Und manche von uns sind seit der Pandemie vielleicht Zeitmillionär*innen, können diese Zeit aufgrund von Isolation, Ausgrenzung und anderen Einschränkungen aber nicht nutzen, um andere zu treffen, um sich auszutauschen, um Kultur, Sport und ein gutes Essen zu genießen, also um relationalen Gütern zu frönen. Ebenso wenig geht es um eine Entkoppelung des Wohlbefindens von der materiellen Lage. Ein adäquater materieller (Einkommens-)Sockel wird immer die Voraussetzung für Wohlstand sein. Wo dieser nicht existiert, schmälern die oft prekären Möglichkeiten der Existenzsicherung drastisch das Wohlbefinden. Denn wo kein Geld ist, ist meist auch keine Zeit.

Mehr Zeit in unser Leben zu bringen hört sich vielleicht überzeugend an, aber doch ein wenig abstrakt – oder gar esoterisch. Im Persönlichen und Privaten kann ich mein Zeitmanagement durchaus gestalten. Da gibt es Yoga, Meditation, neue Formen der Arbeitsorganisation oder Lebensführung. Mit guten Ratgebern zu solchen Themen lassen sich Biblio-

theken füllen. Aber Zeit als Währung? Wenn Zeit wie Geld wirken soll, müsste ich sie schließlich auch messen und vergleichen können. So wie ich die Einkommen von Menschen nicht nur in einem Land, sondern auch zwischen Ländern vergleichen kann.

Eine originelle Antwort auf diese Frage kommt aus Ecuador. Dort hat man die Idee von der Zeit als Wohlfandsfaktor aufgegriffen und weitergeführt. Von versierten Expert*innen wurde eine neue Methode und Formel entwickelt, den Zeitverbrauch eines Menschen aufzuteilen und zu messen. Ein detailliertes statistisches Vorgehen erlaubt es, Zeit als zentrale Maßseinheit von Wohlstand einzusetzen. Ziel der Übung ist die Erstellung eines Logarithmus, mit dem sich der Zeitaufwand mathematisch nachzeichnen und berechnen lässt. Genau den Zeitaufwand, den Menschen neben ihrer materiellen und biologischen Existenzabsicherung für den Genuss der vier genannten relationalen Güter aufbringen: (1) soziale Beziehungen, (2) Bildung und Muße, (3) öffentliche Teilhabe und (4) selbstbestimmte Arbeit. Mit diesem sogenannten *Index des guten Lebens* gelingt es zu bestimmen, wer eine gute Lebensqualität hat beziehungsweise wo Zeit fehlt, um diese zu erlangen oder zu erhöhen. Zeitwohlstand wird messbar!

Der Index des guten Lebens kommt zur rechten Zeit. Leben wir heute doch in »metrischen Gesellschaften«, wie der Soziologe Steffen Mau die fortgesetzte Vermessung unseres »Wir« bezeichnet. Danach werden scheinbar objektive Indikatoren immer stärker zu Orientierungspunkten für individuelles und kollektives Handeln. Haben wir schon früher unsere Lebensgewohnheiten an Werten wie Cholesterinspiegel, Blutdruck oder Kalorien ausgerichtet, so führt uns die Pandemie den Wirkungsgrad von statistischen Kennziffern noch eindringlicher vor Augen. Jeden Morgen blicken wir auf die neuen Inzidenzzahlen: Flacht die Kurve endlich ab? Gilt bei mir morgen noch/wieder die Ausgangssperre? Dürfen die Kinder in die Schule? Soll ich noch einen Tag auf den nächsten Einkauf warten? Ab wann kann ich meinen Urlaub planen? Statistiken geben sowohl der Politik als auch der/m Einzelnen Orientierung und sind somit bestens geeignet, über zentrale Referenzen die Leitlinien unseres Lebens zu beeinflussen. Warum nutzen wir sie nicht intensiver, um uns auf das Leben von morgen vorzubereiten?

Stellen wir uns die Menschen mit Messgeräten am Arm vor: Ihre High-techuhren sagen ihnen nicht mehr abends, dass sie noch tausend Schritte zu gehen haben, sondern dass dringend ein Besuch bei Oma, Buchvorlesen für die Kindern oder das nächste kulturelle Event ansteht, um das eigene Leben zu optimieren. Hört sich an wie Zukunftsmusik? Mitnichten! Der Index des guten Lebens ist nicht nur innovativ, sondern wurde bereits getestet und zeichnet sich durch hohe Praxistauglichkeit aus. Unter Verwendung vorhandener Landesdaten sowie eigener Haushaltsbefragungen wurde diese neue Wohlfahrtsmessung in Ecuador geprüft und mit den gängigen Wohlfahrtsmessmethoden abgeglichen.

Bei diesen Erhebungen bestätigte sich nicht nur die Umsetzbarkeit der Messmethode. Die Studie führte auch zu anderen interessanten Ergebnissen: Vergleicht man die Wohlstandsmessungen, die entweder mit dem Indikator Geld oder dem Indikator Zeit arbeiten, werden signifikante Unterschiede beim Wohlstandsverständnis sichtbar. Einkommen verliert seine determinierende Wirkung auf das persönliche Wohlbefinden: Bei den zeitreichsten zehn Prozent der Bevölkerung Ecuadors liegt das durchschnittliche Einkommen dreimal niedriger als bei den einkommensreichsten zehn Prozent. Spitzeneinkommen korrelieren oft mit ausgeweiteten Arbeitszeiten, die die Generierung relationaler Güter stark einschränken. Jede Führungskraft – genauso wie deren Familien – kann davon ein Lied singen. Die Studie in Ecuador kommt zu dem für einkommensstarke Schichten ernüchternden Ergebnis, dass von den einkommensreichsten 20 Prozent Ecuadors gerade einmal ein Sechstel zu denen gehört, die den höchsten Stand an Zeitwohlstand erreicht haben. Geld allein macht nicht glücklich. Und beruhigt auch nicht immer das Gewissen.

Die Studie Ecuadors zum Zeitwohlstand hat noch andere Erkenntnisse ans Licht gefördert: Im Durchschnitt verfügt die gesamte Bevölkerung in dem Andenland gerade einmal über elf Jahre Zeitwohlstand; das sind rund 14 Prozent ihrer Lebenszeit. Es lassen sich signifikante Ungleichheiten beobachten: Die zeitreichsten zehn Prozent verfügen wöchentlich über 16-mal mehr Zeit für gutes Leben als die zehn zeitärmsten Prozent. Am größten ist diese Diskrepanz bei der Teilnahme am öffentlichen Leben und an der Politik: Das oberste Zehntel partizipiert hier über 35-mal

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

mehr als das unterste. Wir sehen: Demokratie braucht nicht nur Freiheit und Gleichheit, sondern auch Zeit – und materielle Absicherung. Nicht Gleichheit durch Freiheit, sondern Freiheit durch Gleichheit ist das Diktum, das Demokratie und Wohlstand garantiert.

Als besonders hemmend für eine Ausweitung des Zeitwohlstands wurden zwei Faktoren identifiziert: erstens *prekäre Arbeitsbedingungen*. So muss ein großer Teil der erwerbstätigen Bevölkerung Ecuadors niedrigqualifizierte und zeitintensive Arbeiten ausüben, die die Existenzsicherung mehr schlecht als recht gewährleisten und kaum Raum zur Generierung relationaler Güter geben. Dieser Befund trifft auch auf Deutschland zu: Mehreren Studien zufolge nimmt die empfundene Lebenszufriedenheit von Menschen in atypischen, also prekären Arbeitsverhältnissen signifikant ab. Diese Arbeitsformen haben sich in den letzten 25 Jahren bei uns mehr als verdoppelt; heute arbeitet rund ein Drittel der Erwerbstätigen unter solchen Bedingungen. Die Lebensqualität ist für diesen Anteil der deutschen Bevölkerung niedrig beziehungsweise hat sich spürbar verschlechtert. Vermutlich findet sich hier eine der Begründungen für das Erstarken rechtspopulistischer Bewegungen und Politiken.

Zweitens und eng damit verflochten sind verschiedene – zum Beispiel geografisch, geschlechtlich oder ethnisch begründete – Exklusions- und Diskriminierungsformen zu nennen, die vorhandene *soziale Ungleichheiten* vertiefen und so gegenseitige Anerkennung und die Generierung relationaler Güter behindern. Auch hier müssen wir leider feststellen, dass die Gräben zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen in Deutschland seit Corona deutlich tiefer geworden sind.

Die lateinamerikanische Piloterhebung dokumentiert deutlich, wie sich mit dem Messen von Zeitwohlstand unsere Bewertungen von Wohlstand und Wohlbefinden und somit auch unsere Handlungs- und Verhaltensoptionen verändern können. Doch die empirische Nachzeichnung und Darstellung der Verteilung von gesellschaftlichen Zeitressourcen kann noch mehr: Sie plausibilisiert nicht nur notwendige Maßnahmen für mehr Zeitwohlstand, sondern hilft zusätzlich, ein neues Politikfeld zu erschließen, welches uns zu mehr Zeit und somit zu mehr nachhaltigem Wohlstand verhelfen kann: Die Rede ist von *Zeitpolitik*.

Wem die Stunde schlägt – hohe Zeit für Zeitpolitik

Auch wenn es uns heute ganz anders vorkommt: Genauso wenig wie die Wirtschaft oder das Geld ist Zeit eine gottgegebene Ressource oder entspricht einem Naturgesetz. Sie ist menschengemacht. Zeit ist keine physikalische oder naturalisierte Größe, wie es uns Naturwissenschaften oder Teile der Philosophie bis heute glauben machen. Vielmehr handelt es sich um eine über vier Jahrtausende der Menschheitsgeschichte geschaffene soziale Institution.

Historisch begann die Entwicklung unseres heutigen Zeitregimes mit der Staatswerdung der Gesellschaften. Die Einführung von neuen Zeitmessmethoden und -geräten erlaubte zunehmend Orientierung, Koordinierung und Optimierung sozialen, wirtschaftlichen und politischen Handelns. Gleichzeitig dynamisierte, rationalisierte und disziplinierte die Zeitmessung die neu auftauchenden Organisationsformen menschlichen Zusammenlebens. Eine genauere Messung der Arbeitszeit beförderte sowohl die Verallgemeinerung der Lohnarbeit wie auch die säuberliche Trennung der Arbeitszeit von der Lebenswelt, die Arbeit vom Privaten. Zweifelsohne war die neue Zeitmessung ein wichtiger Geburtshelfer des modernen Kapitalismus.

Heute wirkt Zeit so perfide, dass sie uns als etwas Äußeres entgegentritt. Ehemals als Instrument für eine bessere Abstimmung des Zusammenlebens erdacht, scheint Zeit – zum Beispiel über scheinbare Knappheit oder Beschleunigung – heute für viele zum autonomen Taktstock persönlicher und gesellschaftlicher Entwicklung geworden zu sein. Die Kategorie Zeit wurde nach Norbert Elias über »die Verwandlung des Fremdzwangs der sozialen Zeitinstitution in ein das ganze Leben umgreifendes Selbstzwangsmuster« transformiert. Auch die vor der Pandemie von vielen beklagte Beschleunigung, das Gefühl, nur noch durchs Leben zu hetzen, erscheint wie alle Zeitnormen als objektiv und wird weitgehend nicht als sozial konstruiert, also als menschengemacht, erlebt.

Erinnern wir uns an unseren letzten Auslandsurlaub: Zeit hat in verschiedenen Ländern und Gesellschaften sehr unterschiedliche Eigenschaften, manchmal bezaubernd, manchmal nervend. An verschiedenen Orten

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

»ticken die Uhren anders« – physikalisch eigentlich unmöglich. Auch die neue Entdeckung der Langsamkeit, wie wir sie dank Corona gerade erleben, macht den sozialen Charakter von Zeit wieder sichtbar. Zeit ist eine dynamische Kategorie, die nicht nur von Menschen gemacht wurde, sondern weiter gestaltbar bleibt. Und mit der Erkenntnis, dass die Verfügung über Zeit einen empirisch nachweisbaren Einfluss auf persönliches und gesellschaftliches Wohlbefinden hat, scheint die gestalt- und messbare Zeit ein idealer Faktor zu sein, um Wohlstand beziehungsweise Lebensqualität jenseits des Materiellen neu zu bestimmen.

Aus dem Konzept und dem Messen von Zeitwohlstand lässt sich also ein konkretes Programm für die Politik ableiten: aktive *Zeitpolitik*. Also eine Politik, die versucht, bewusst, öffentlich und partizipativ auf die nahräumlichen zeitlichen Strukturen der alltäglichen politischen, ökonomischen sowie lebensweltlichen Bedingungen der Menschen Einfluss zu nehmen. Mit der Einbeziehung von Umweltfaktoren in die Wohlfahrtsmessung würde dieses Konzept als nächsten Schritt die Formulierung sozialökologischer Richtlinien erlauben, die uns helfen, Politiken gegen den Klimawandel mehrheitsfähig zu machen und anzustoßen.

Für eine erfolgreiche Zeitpolitik muss allerdings das Verständnis der Zeit als soziale Konstruktion ernst genommen werden: Sie darf sich nicht nur auf strukturelle Flankierungen, institutionelle Ziele oder Diskurse stützen. Sie muss unsere lebensweltliche Praxis im Blick haben und dafür Sorge tragen, dass Instrumente und Maßnahmen für ein neues Zeitregime kulturell und als Alltagspraxis Resonanz erfahren. Zeitpolitik muss von uns als Einzelnen persönlich gewollt, angenommen und im Handeln umgesetzt werden. Zeitpolitik hat darum gleichzeitig auf zwei ineinandergreifenden Ebenen stattzufinden: erstens über institutionelle Setzungen, zum Beispiel staatliche Programme, sowie zweitens durch die gesellschaftliche Öffnung neuer Räume der lebensweltlichen Ermöglichung, die zeitliche Selbstbestimmung sowie die Beziehung zwischen Menschen und Natur im Blick haben.

Auf der Ebene des Staates gibt es zahlreiche Handlungsoptionen, ohne dass gleich ein Zeit- beziehungsweise wie in Bhutan ein Glücksministerium eingerichtet werden muss. Zeit ist nicht isolierbar, sondern über-

lappt viele Bereiche des Politischen und Privaten. Sie muss für Institutionen ressortübergreifend gedacht und eingesetzt werden und sich parallel auf gesellschaftlicher Ebene mit dem Alltag aller beziehungsweise den sozialen Praktiken verschränken. Gestaltungsmaßnahmen für eine neue Zeitpolitik können über Beteiligungsangebote potenziert werden. Bürgernahe und bedürfnisorientierte Planung hilft, neue Initiativen für eine stärkere Institutionalisierung vorzubereiten. Eine so gestaltete Zeitpolitik kann die kulturellen Werte schaffen, die in eine sozial und ökologisch verträgliche Lebensqualität und in einen Alltag des guten Lebens für alle münden. Zwei Richtungen sind dafür zielführend: Sie muss zum einen dafür sorgen, dass *quantitativ* genügend Zeit gewährt werden kann, damit zum anderen *qualitativ* hochwertig relationale Güter generiert und genossen werden können.

Dank der obigen Präzisierung der relationalen Güter lassen sich die Ansatzpunkte für eine Zeitpolitik klar umreißen: Zeitwohlstand kann einmal durch (1) die Stärkung sozialer Beziehungen erreicht werden. Zusätzlich geht es um (2) Muße und Bildung, (3) die Teilhabe an Politik und am öffentlichen Leben sowie (4) die Herstellung sinnstiftender Arbeitsbedingungen und die Verringerung von sozialen Ungleichheiten. Im Folgenden soll anhand dieser vier relationalen Güter noch einmal überblicksartig vorgestellt werden, wie eine postpandemische Zeitpolitik mit einfachen Maßnahmen gesellschaftlich verankert und verbreitet werden könnte.

(1)

Freundschaft, Pflege und Betreuung

Natürlich befördern zwischenmenschliche Kontakte nicht prinzipiell Wohlbefinden. Es gibt keinen Zweifel, dass reproduktive Tätigkeiten, also Care-Arbeiten, wie zum Beispiel Kinder- oder Altenpflege, stark fordernd sind. Eine Auslagerung an professionelle Dienstleister kann da auch glücksfördernde Momente schaffen. Die Schwere der privaten Belastungen durch Pflege oder Betreuung sind meistens mit der Frage der eigenen materiellen Lage verbunden. Kinderbetreuung oder Altenpflege sind auch deshalb anstrengend, weil sie zeitaufwendig sind, wenig anerkannt werden und auf Kosten anderer Lebensbereiche wie der beruflichen Karriere gehen.

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

Hier hilft eine breite Daseinsvorsorge für alle, privaten Versorgungstress abzubauen.

Über mehr Gemeinwohl kann eine *Verbesserung der Work-Life-Balance* oder der *Vereinbarkeit von Beruf und Familie* massiv gestärkt werden. Bisherige Vorschläge greifen viel zu kurz. Sie setzen die seit Corona abschmelzende Trennung von Erwerbsarbeit und reproduktiven Tätigkeiten voraus und zielen oft auf *Employability* ab, bei der die Selbstoptimierung der Erwerbstätigen oder der erfolgreiche Umgang mit Arbeitsintensivierung im Vordergrund steht. Work-Life-Balance thematisiert die lebensweltliche Seite, also den Alltag der/s Einzelnen oder von Familien primär für eine Steigerung ökonomischer Effizienz. Nicht hinterfragt wird oft, wie die nötige Care-Arbeit selbst organisiert ist und wer sie ausübt. Die meisten Positionen zu diesem Thema blenden außerdem aus, dass der Erfolg ihrer Rezepte darauf ausgerichtet ist, nationale Wettbewerbsvorteile zu schaffen. So sollen auch Unternehmer*innen überzeugt werden, sozialfreundliche Arbeitsflexibilisierungen zu unterstützen. Mehr Wettbewerbsfähigkeit bei uns durch optimierte Work-Life-Balance bedeutet aber nichts anderes als eine Verschlechterung der Work-Life-Balance bei anderen.

Zeitwohlstand setzt den Hebel woanders an: Weg und Ziel sind eine gesellschaftliche Aufwertung von Betreuung und Pflege. Denn Betreuungszeit ist genau die Zeit, die für ein relationales Gut aufgewendet wird, also Wohlbefinden fördern kann. Wenn sich übermorgen ein flotter Sportwagenfahrer und ein Vater mit drei Kindern auf der Straße treffen und der Erste nicht mehr bestaunt, sondern bedauert wird, weil er zu (zeit)arm ist, um drei Kinder zu betreuen, der Vater aber für seinen enormen Reichtum beglückwünscht wird, haben wir genau diesen Zustand erreicht.

Einige werden jetzt die Nase rümpfen, weil sie bereits auf ihren nächsten SUV sparen. Das sei ihnen gegönnt, und mit einer entsprechend klugen Besteuerung können sie trotzdem ihren Beitrag für die Umwelt, die Gesellschaft oder die erwähnten drei Kinder leisten. Natürlich wird es dauern, bis sich in der heute stark feminisierten Care-Arbeit und in privaten reproduktiven Tätigkeiten das männliche Geschlecht gleichberechtigt engagiert. Die Pandemie hat hier sogar regressiven Charakter und fördert tradierte Rollenbilder. Es geht um nichts weniger als um einen

kulturellen Wandel. Der muss reifen. Die Machos dieser Welt können sich zwischenzeitlich mit der Frage beschäftigen, warum eine 50-jährige Frau hierzulande heute durchschnittlich etwa fünf Jahre länger lebt als ein gleichaltriger Mann. Schafft die weibliche Lebenspraxis und -erfahrung doch mehr Wohlbefinden?

Zeitpolitik kann helfen, solche Lebenspraxis stärker zum Alltag für alle zu machen. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, über öffentliche Flankierungen und staatliche Leitplanken Care-Tätigkeiten so aufzuwerten, dass die Elternrolle sowie Kranken- beziehungsweise Altenpflege mit der Erwerbstätigkeit und den Anforderungen der Geschlechtergerechtigkeit in Einklang gebracht werden. Institutionell sind zum Beispiel die Anpassung und Erweiterung der öffentlichen Infrastrukturen (bessere Kinderbetreuung und Altenpflege, aber auch Abstimmung von Arbeits-, Schul- und Kinderbetreuungszeiten etc.) sowie die sozialpolitische Flankierung von reproduktiven Tätigkeiten (wie eine stärkere ideelle und materielle Anerkennung eigener Pflegeleistungen, mehrmonatige, nicht karrierehemmende Eltern- oder Pflegezeiten beider Partner*innen usw.) bedeutsame Schritte nach vorne.

Die Frage, warum Menschen, denen man seine Kinder oder auch Alte anvertraut, viel weniger Geld erhalten als jene, denen man sein Geld anvertraut, wird uns seit Pandemiebeginn täglich neu gestellt. Aber wir haben bereits gesehen, Corona legt nicht nur einen Finger in die Wunde, sondern zeigt auch Lösungen auf. Reproduktive Tätigkeiten sind heute weltweit materiell und zeitlich entwertet. Sie müssen gesellschaftlich und politisch endlich vollwertig geachtet und anständig bezahlt werden. Die Anerkennung dieser Berufe als »systemrelevant« war ein erster, noch sehr zaghafter Schritt in diese Richtung. Das Klatschen für unsere Coronaheld*innen klingt heute schon hohl. Damit es nicht höhnisch wirkt, sollten wir endlich alle einen Beitrag leisten, um unsere Daseinsvorsorge in allen wichtigen Bereichen beruflich, materiell und ideell aufzuwerten, besonders in der Pflege, Betreuung und Bildung.

(2)

Muße und Bildung: Chillen lernen

Persönliche Entspannung durch selbstbestimmte Zeit wird sehr unterschiedlich ausgeübt. Hängt doch das subjektive Wohlbefinden weitgehend von der/m Einzelnen und ihrem/seinem Kontext ab. Muße kann jemand durch einen Actionfilm erfahren, während andere durch sportliche Tätigkeiten, Musik, Tanzen, Sport oder ein Buch entspannen. Verschiedene Formen von Muße oder freier Zeit sollten prinzipiell nicht als kulturell höher oder niedriger gewertet werden. Wichtig scheint aber der Hinweis, dass mit zwischenmenschlichem Kontakt verbrachte Zeit – etwa mit Freunden im Fußballstadion oder beim Konzertbesuch – besonders intensiv Wohlbefinden fördert. Unsere erzwungene Isolation durch Covid-19 machte uns das sehr schmerzhaft bewusst.

Viele Studien belegen, dass täglich vier Stunden Fernsehen oder Chatten in den sozialen Netzen deutlich weniger Zufriedenheit schaffen als eine kollektive Erfahrung auf der Arbeit oder die Freizeitgestaltung in der Gruppe. Die Hirnforschung hat herausgefunden, dass vor allem interpersonelle Ereignisse – also das reale Zusammensein mit Menschen – intensive Gedächtnisspuren hinterlassen. Bei alleine »konsumierten« Kontakten, wie zum Beispiel bei Facebook, ist das weniger der Fall. Darum generiert sich Wohlbefinden auch nicht unbedingt durch ein möglichst hohes Quantum an einkaufbarer Freizeit oder an Konsum. Ohne entsprechende zwischenmenschliche Kontexte kann freie Zeit sogar Unzufriedenheit und Langeweile schaffen. Also Zeit, die oft zur Freude der Konsumindustrie »totzuschlagen« ist.

Muße schafft Wohlbefinden. Zur Stärkung der persönlichen und kollektiven Zeitkompetenz sollte sie darum auch öffentlich eingeübt werden. Somit kommt der (Aus-)Bildung von der Vor- bis zur Hochschule eine zentrale Bedeutung zu. Denn Chillen muss gelernt sein.

Ausbildungseinrichtungen prägen neben Familie und Arbeit unseren Umgang mit Zeit besonders stark. Hier werden wir bereits als Kinder trainiert, früh aufzustehen, Pünktlichkeit ernst zu nehmen, Aufgaben in einer vorgegebenen Zeitspanne zu erledigen. Hier liegt eine besondere

Verantwortung bei der Bildungspolitik. Sie muss das stärker thematisieren. Bildung sollte eine weitergehende Integration von Praxis und Theorie (Fächern) erlauben, die auch gesellschaftliche Routine und Einsichten, soziales Lernen, Kommunizieren sowie einen anderen Umgang mit freier Zeit und der Umwelt ermöglicht. Also über einen generalisierenden Blick für Zusammenhänge eine »übersichtliche Darstellung« schaffen, wie sie sich der Philosoph Ludwig Wittgenstein einst vorstellte.

Konkret: Wie wäre es mit einem Studium generale mit verpflichtenden Modulen zu Ethik, Zeitwohlstand und Gemeinwohl – nicht nur für die Universitäten?

Doch in vielen Ländern und gerade auch in Deutschland sind es die Mittelschichten selbst, die, von überzogenen Abstiegsängsten geplagt, auf statussichernde, meist stark leistungsorientierte Qualifikationsmaßnahmen pochen und darüber Lockerungsübungen im Zeitregime beziehungsweise eine Ausweitung des Zeitwohlstands abblocken. Der Hinweis, dass der bisherige Status quo allein mit Blick auf den Klimawandel für unsere Kindeskiner so nicht mehr gehalten werden kann, ist vielleicht hilfreich für eine Neubewertung. Unser Leben braucht in Zukunft mehr Zeitwohlstand für alle, wenn es denn ein gutes Leben geben soll.

(3)

Das öffentliche Leben schätzen lernen

Die aristotelische Masterkategorie des guten Lebens ist die politische Teilhabe am öffentlichen Leben. Bemerkenswerterweise ist Studien zufolge der Genuss dieses relationalen Gutes weltweit stark gesunken. Das heißt, die Bereitschaft für politisches Engagement hat signifikant abgenommen. Politikverdrossenheit und -müdigkeit sind Phänomene, die allerorten diskutiert werden. Die jüngsten Proteste der »Querdenker« gegen die Pandemiemaßnahmen haben zwar viele auf die Straße gebracht, aber wenig Debatten um politische Alternativen entfacht. Höchstens zur materiellen Absicherung oder Verbesserung der eigenen Position scheinen Menschen in größerem Umfang politisch aktiv zu werden. Wie wir in jüngerer Zeit wieder erfahren mussten, nicht nur durch Arbeit und Pflichterfüllung, sondern auch durch »Vetternwirtschaft« und Korruption.

Wir haben keine Zeit mehr für den Wandel

Die zentrale Bedeutung, die der Kategorie Zeit für die Demokratie zukommt, ist noch unterthematziert: Auf der einen Seite sehen sich demokratische Willensbildungsprozesse zunehmend Anfechtungen ausgesetzt, da sie per se ein Verlangsamungsprozedere sind. Die Pandemie hat das sehr deutlich gemacht: Schnelles Handeln war nötig und wurde auf die Exekutive konzentriert. Wissensbasierte Maßnahmen waren erforderlich und haben einem kleinen Kreis an Virolog*innen großen Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit verschafft. Darüber verstärken sich Tendenzen der Machtkonzentration, der Exklusion und Elitenbildung. Das provoziert Legitimationsverluste für die Demokratie und fördert Polarisierung.

Zum anderen überfordern Modelle der direkten, partizipativen oder deliberativen Demokratie wie auch soziale Bewegungen häufig Menschen mit weniger Zeitressourcen und konterkarieren ihr originäres Ziel einer breiten Beteiligung. Eine Aufwertung der Teilhabe am öffentlichen Leben hilft, diese Dilemmata abzubauen. Die politische Förderung des Ehrenamts, wie wir sie in Deutschland kennen, ist sicherlich löblich, aber kaum ausreichend. Wer findet ein Amt schon sexy oder würde es mit Genuss in Verbindung bringen? Nur eine lebensweltlich erfahrbare und genießbare Form der Teilhabe, in der Zeitgestaltung eigenverantwortlich und ganz konkret organisiert wird, kann ein zentraler Hebel sein. Dies betrifft sowohl staatliche als auch gesellschaftspolitische Ebenen. Als Erstes aber müssen sich die Institutionen der politischen Repräsentanz, allen voran die Parteien, sowie die Gewerkschaften und (Berufs-)Verbände endlich erneuern und verjüngen.

(4)

Arbeitszeitverkürzung: Königsweg für ein gutes Leben?

Es ist allgemein anerkannt, und jede/r von uns kann es unter Coronabedingungen erneut bestätigen: Sinnstiftende Arbeit ist elementar für ein gutes Leben. Es gilt, die Arbeitsbedingungen selbst zu verbessern, damit Arbeit eine Quelle des Wohlbefindens werden kann. Doch heute gehen bessere Arbeitsbedingungen und höhere Einkommen oft mit längeren Arbeitszeiten und so mit einem Verlust von Zeitwohlstand einher. Die Rechnung ist

einfach: Lange Arbeitszeiten reduzieren den Zeitwohlstand, oft auch den sozialen Zusammenhalt und somit insgesamt die Lebensqualität. Nicht zu vergessen die Lebenserwartung: Eine aktuelle Studie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) kommt zu dem Ergebnis: Wer mehr als 40 Stunden pro Woche arbeitet, hat ein deutlich höheres Risiko, schwer zu erkranken oder zu sterben.

Darum ist die Gestaltung von Arbeitszeit eine der wichtigsten Komponenten, mit der Zeitwohlstand für alle erhöht werden könnte. Ein Königsweg ist die Arbeitszeitverkürzung. Die historischen Erfahrungen der industriellen Nachkriegsgesellschaften dokumentieren eindrücklich, dass Arbeitszeitverkürzungen mit hoher ökonomischer Produktivität einhergehen können und gleichzeitig ungewollte soziale Probleme wie Massenarbeitslosigkeit vermeiden oder eindämmen helfen. Bisher waren diese Dynamiken immer dem Wirtschaftswachstum verpflichtet. Mit einem veränderten Zeitregime und einem stärkeren Akzent auf relationalen Gütern sowie ökologischen Belangen könnte sie aber auch andere Ziele anstreben, wie zum Beispiel bessere Arbeitsbedingungen oder ressourcenschonenderes Wirtschaften, ohne die erlangten materiellen Standards zu senken. Verschiedene Berechnungen zeigen zum Beispiel, dass bei uns die Arbeitszeit bis 2035 um 15 Prozent sinken könnte, ohne zu größeren materiellen Einbußen zu führen.

Allerdings handelt es sich bei Themen rund um die Arbeitszeitverkürzung um ein hochkomplexes, schwer umkämpftes und machtdurchsetztes Feld, welches auf Impulse zur Veränderung der Zeitregime nur träge oder gar nicht reagiert beziehungsweise diese abwehrt. Obwohl arbeitspolitische Fragen in vielen Ländern originär in der Verhandlungsautonomie zwischen Unternehmen und Gewerkschaften liegen, hat der Staat selbst vielfältige Möglichkeiten bei der Gestaltung von Arbeitszeiten. So könnte er die aktuelle Phase des Homeoffice nutzen, um über den normsetzenden öffentlichen Dienst zeitpolitische Maßnahmen breitenwirksam in die Arbeitswelt einzuführen. Vorschläge sind die »kurze Vollzeit für Alle«, »Lebensarbeitszeitkonten«, mit Blick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch zu wenig ausgereizte »Teilzeitgesetze« oder Rechte auf temporäre Freistellungen: Sie würden erlauben, Arbeitszeiten den persön-

lichen Bedürfnissen und der biografischen Situation anzupassen. Studien aus verschiedenen Ländern belegen, dass bereits heute viele Arbeitnehmer*innen statt mehr Geld mehr freie Zeit als Leistungsanreiz bevorzugen.

Insbesondere die in einen kurzen Lebensabschnitt zusammengedrängten Aktivitäten beruflicher Karriereplanung, Familiengründung, Zukunftsabsicherung, die bei vielen zu einer rastlosen *Rush Hour of Life* werden, könnten durch neue Zeitpolitiken entzerrt werden. Sie würden die bis heute tradierten Modelle der häuslichen Arbeitsteilung und das Leitbild des biografischen Nacheinanders (Jugend – Erwerbstätigkeit – Alter), welches in der mittleren Lebensphase fast zwangsläufig starken Stress verursacht, aufbrechen und neue Muster des zeitlichen Neben- und Miteinanders entwickeln helfen. Eine solche Zeitpolitik muss sowohl die Gestaltung der formellen Erwerbsarbeit als auch der häuslichen Arbeit, der produktiven wie der reproduktiven Tätigkeiten gleichberechtigt bewerten. Hier sind nicht zuletzt auch Regelungen der Lebensarbeitszeit beziehungsweise der Versorgungs- und Rentenansprüche oder Altersteilzeit konkrete Instrumente zur Förderung von Zeitwohlstand.

Auf der gesellschaftspolitischen Seite bleiben die Gewerkschaften die politisch wichtigsten Akteurinnen zugunsten einer Arbeitszeitverkürzung. Diese hängen traditionell einem materiellen Wohlstands- und Wachstumsmodell an. Nicht grundlos: Seit den 1990er-Jahren hat der Anteil der Lohnsumme am Bruttoinlandsprodukt in allen Regionen der Welt abgenommen, was mit einer relativen Verschlechterung der materiellen Lage der Erwerbstätigen einhergeht. Heute wird in den meisten Teilen der Welt nicht weniger, sondern wieder mehr gearbeitet; gleichzeitig ist mehr als die Hälfte aller global Erwerbstätigen in prekären Verhältnissen und ohne entsprechende soziale Absicherung beschäftigt. Besonders die Belastungen für Frauen sind signifikant gestiegen.

Zumindest in den Industrienationen mit mittleren und hohen Einkommen scheint es aber für Gewerkschaften lohnenswert, genauer zu prüfen, wie breit der Resonanzboden für neue (nicht materielle) Wohlfahrts- beziehungsweise Zeitpolitiken ist. Diesen Trend haben die Gewerkschaften bisher ebenso vernachlässigt wie die Option, in den westlichen Ländern mit ihren relativ starken Mittelschichten als Pionierinnen mit

neuen Leitbildern des guten Lebens voranzugehen und diese zu popularisieren. Würde Zeitwohlstand als Wohlfahrtsdimension an Anerkennung gewinnen und als Wohlstandsindikator eingesetzt, würde Arbeitszeitverkürzung als politische Forderung enorm an Attraktivität gewinnen – und zum Mobilisierungsmoment werden. Gewerkschaften könnten dann statt um weniger Arbeit für Vollbeschäftigung um mehr Zeit für eine höhere Arbeits- und Lebensqualität ringen. Dann stünde mehr Wohlstand für alle zur Debatte, nicht das defensive und Geschlechterzuschreibungen zementierende »Samstag gehört Vati mir«. Leistungen und Produktivitätszuwächse würden weiter »entlohnt«: nur nicht mehr allein über höheres Einkommen, sondern auch über Zeituwachs für nichtmaterielle Wohlfahrtsformen.

Dass sich die Idee des Zeitwohlstandes und eine neue Zeitpolitik, wie sie hier in Ansätzen skizziert wurde, vor Corona noch nicht breitenwirksam durchgesetzt hat, ist wenig verwunderlich. Schließlich stützen die tradierten Zeitregime überaus komplexe Macht- und Herrschaftsstrukturen, und ihre Veränderung würde an mächtigen Institutionen rütteln. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ist immer ein Kampf zwischen den Interessen von Unternehmen und Arbeit. Und der Imperativ der Anerkennung beziehungsweise der Aufwertung reproduktiver Tätigkeiten hinterfragt grundlegend die in Kultur, sozialer Praxis und Arbeit tief eingeschriebenen Geschlechterverhältnisse. Lange schien darum die Zeit für eine solche Zeitpolitik nicht reif zu sein.

Doch die Coronakrise ändert vieles. Mittlerweile wissen wir wieder um den Wert von sozialen Bindungen und Gemeinschaft. Nicht nur das Coronavirus hat Menschen getötet, sondern auch unsere Ignoranz, die schuld daran ist, dass unser Gemeinwohl nicht gepflegt wurde. Und wir haben wieder die Gewissheit, dass der Staat handlungsfähig ist und Politik Gemeinwohlinteressen durchsetzen kann – wenn sie will sowie wo, wie und gegen wen sie will.

Die vorhandenen Ressourcen müssen wir augenblicklich stärker für unsere Daseinsvorsorge einsetzen. Die unzureichenden oder kaputtgesparten Gesundheitssysteme müssen darum so rasch wie möglich nachgerüstet werden. Dann muss es darum gehen, mit massiven öffentlichen

Infrastrukturinvestitionen eine möglichst universelle Daseinsvorsorge für alle aufzubauen: Es braucht Investitionen in Gesundheit, Bildung, Betreuung und Pflege, Grundversorgung, Transport sowie eine Stärkung des ländlichen Raums. Hier sind besonders die reproduktiven Tätigkeiten in Betreuung und Pflege aufzuwerten. All das geht nur durch Gemeinsinn.

Damit aus der Betroffenheit der vielen ein gemeinsames Projekt werden kann, muss allen eine Verbesserung der Lebensqualität in Aussicht gestellt werden. Hier ist Zeitwohlstand gefragt. Er ist nicht moralisierend, sondern erlaubt nach der Krise Wohlstandsgewinne für alle, er ist politisch und im Alltag leicht vermittelbar. Er richtet unsere Zukunft und unseren Fortschritt stärker auf immaterielle – und somit ressourcenschonendere – Ziele aus, ohne in Fundamentalopposition zu ökonomischen Erfordernissen zu gehen. Sein Leitbild weicht nicht das Recht auf bessere materielle Lebensbedingungen auf, sondern bietet der Mittelschicht an, die eigene Lebensqualität zu steigern, ohne durch ihren überdehnten Ressourcenkonsum anderen Menschen – und zuletzt sich selbst – Verbesserungen zu verwehren.

Zeitwohlstand könnte zum Lifestyle der nächsten Generationen werden. Der Weltklimarat (ICPP) ist überzeugt, dass es für Leute mit hohem sozioökonomischem Status ohne Weiteres möglich ist, ihre Emissionen zu reduzieren und so zu »Trendsettern für einen kohlenstoffarmen Lebensstil« zu werden. Zehn bis 30 Prozent der Bevölkerung müssten mitmachen, damit sich neue gesellschaftliche Normen entwickeln.

Das hört sich machbar an! Wenn es uns heute gelingt, die richtigen Lehren aus der Coronakrise zu ziehen – und die Klimakatastrophe abzuwenden.

Darum gilt jetzt: Coronazeit ist Wendezeit!

Leitplanken für Zeitwohlstand und nachhaltige Lebensstile:

- ◆ Debatten über unser Verständnis von Wohlstand
- ◆ Einführung aktiver Zeitpolitik als eigenes Politikressort
- ◆ Einsatz des Indikators Zeit als zentrale Maßeinheit zur statistischen Messung von Wohlstand; Begründung einer Kultur des Zeitwohlstandes

- ◆ Geschlechtergerechte Verbesserung von Work-Life-Balance durch Aufwertung und Anerkennung von Betreuung, Schaffung von nicht karrierehemmenden Eltern- oder Pflegezeiten, Ausbau öffentlicher Care-Strukturen, Förderung von Mehrgenerationenhäusern
- ◆ Soziale Kompetenzförderung und Zeitmanagement als Bildungsauftrag
- ◆ Politik attraktiver machen durch niedrigschwellige Mitgliedschaften und erfahrbare Teilhabe
- ◆ Arbeitszeitverkürzung als zentraler Hebel nachhaltigen Wirtschaftens